Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Bundesgeschäftsstelle
Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

An: [redacted]

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin
Tel. +49 30 27586-40
Fax +49 30 27586-440

[redacted]
www.bund.net

Lobbyregister:
bund.net/lobbyregister

Berlin, 23 April 2025

Betreff: Ein zukunftsfähiges REACH gestalten

Sehr geehrte [redacted]

Deutschland wird eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Gesundheits- und Umweltpolitik in Bezug auf schädliche Chemikalien spielen. Bis Ende des Jahres wird die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der wichtigsten EU-Verordnung zur Chemikaliensicherheit, REACH, vorlegen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. und HEJSupport appellieren im Namen des Bündnisses Giftfreie Zukunft an die deutsche Bundesregierung, die Kommission aufzufordern, einen ehrgeizigen und zukunftssicheren Vorschlag vorzulegen, der Wissenslücken schließt und die Maßnahmen gegen die schädlichsten Chemikalien beschleunigt.

Nach fast 20 Jahren REACH hat dessen Umsetzung erhebliche Mängel offenbart: unzureichender Schutz von Umwelt und Gesundheit, begrenzte Investitionen in sicherere Alternativen und große öffentliche Skandale wie die PFAS-Verschmutzung. Das ursprüngliche Ziel von REACH, ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten, ist nicht erreicht worden, und diese Lücke muss nun geschlossen werden. Die bevorstehende Überarbeitung von REACH wird gesetzliche Regelungen für Chemikalien für die kommenden Jahre festlegen. Dies ist eine entscheidende Gelegenheit, um die Menschen und die Umwelt wirklich zu schützen und europäische Innovationen für sicherere und nachhaltige Chemikalien zu fördern.

Um dies zu erreichen, müssen einige wichtige Punkte in der Überarbeitung berücksichtigt werden:

Beschleunigung des Schutzes vor Schadstoffen in Produkten. Die REACH-Verordnung sieht ein spezielles *fast track*- Verfahren vor, um den Ausstieg aus den schädlichsten Chemikalien in Produkten für die breite Öffentlichkeit zu beschleunigen. Dieser Mechanismus wurde jedoch in den letzten 20 Jahren nur zweimal angewandt. Künftig muss er systematisch genutzt werden. Dies erfordert ein spezielles Arbeitsprogramm der EU-Kommission und ein klares politisches Ziel, um sicherzustellen, dass diese Produkte bis 2033 frei von Schadstoffen sind. Um wirksam zu sein, muss der Anwendungsbereich dieses Schnellverfahrens auf gewerbliche Anwendungen und alle besonders schädlichen Chemikalien, einschließlich endokriner Disruptoren, sowie auf alle persistenten Chemikalien (PBT, vPvB, PMT, vPvM) ausgeweitet werden.

Stoppen von Schäden durch Chemikaliencocktails. Die Menschen sind täglich Hunderten von Chemikalien ausgesetzt, doch die geltenden Vorschriften beziehen sich in der Regel nur auf die Belastung durch einzelne Chemikalien. Dieser Ansatz entspricht nicht mehr der wissenschaftlichen Realität. Es gibt eindeutige Beweise dafür, dass kombinierte Expositionen - so genannte „Chemikaliencocktails“ - schwere Schäden verursachen können. Die chemische Industrie ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Sicherheit ihrer Produkte zu gewährleisten. Die pragmatischste Lösung ist die Anwendung eines *mixture assessment factor* bei der Sicherheitsbewertung von Chemikalien. Durch diesen praktischen Schritt wird vermieden, dass die Industrie jede mögliche chemische Kombination bewerten muss, was unnötig komplex und kostspielig wäre.

Schließen von Wissenslücken und Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Flut an Polymeren. Rund 200 000 Polymere sind in der EU auf dem Markt, doch wir haben keine Sicherheitsdaten über sie. Obwohl die Registrierung von Polymeren Teil von REACH sein sollte, wurde sie im letzten Moment bei der Verabschiedung von REACH fallen gelassen. Wir können uns keine weiteren 20 Jahre der Nichtbeachtung leisten. Wären Daten über Polymere verfügbar gewesen, hätte die weit verbreitete Verschmutzung durch Mikroplastik und polymere PFAS vielleicht verhindert werden können. Mit der Überarbeitung von REACH muss ein obligatorisches Melde- und Registrierungssystem

für Polymere eingeführt werden. Ohne Daten können wir uns nicht einfach auf das Wort der Industrie verlassen, dass ihre Polymere sicher sind. Sicherheitsbehauptungen, wie die Unbedenklichkeit von Fluorpolymeren, müssen durch solide Beweise gestützt werden. In anderen Teilen der Welt gibt es bereits entsprechende Vorschriften. Es ist nicht hinnehmbar, dass die EU bei dieser großen Verschmutzungsquelle weiterhin hinterherhinkt und im Blindflug handelt.

Das Regulierungssystem nicht weiter verkomplizieren. Die Kommission erwägt, einen zusätzlichen bürokratischen Schritt - die Risikomanagement-Optionsanalyse (RMOA) - einzuführen, bevor die Mitgliedstaaten Schutzmaßnahmen gegen schädliche Chemikalien einleiten können. Dieser Schritt würde die Kompetenz und das Initiativrecht der Mitgliedstaaten zum Schutz von Mensch und Natur einschränken. Er wird zu zusätzlichen Verzögerungen in einem System führen, das bereits mit langen Regulierungsfristen belastet ist, die sich oft über fünf bis zehn Jahre erstrecken. Der eigentliche Engpass liegt darin, dass Unternehmen wichtige Daten bis zu den allerletzten Phasen des Regulierungsprozesses zurückhalten, wie dies bei den Beschränkungen für PFAS und Bisphenole der Fall war.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit in dieser Angelegenheit und für die Berücksichtigung dieser Punkte. Sie sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Überarbeitung von REACH keine verpasste Chance ist, sondern ein Schritt nach vorn, um die Chemikalienverordnung im besten Interesse der Menschen, der Umwelt und innovativer Unternehmen zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen,

[redacted]